

109953-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Elektrotechnikinstallation – Elektrotechnik (ELT) - 4-050/51 zur Brandschutzsanierung Bühl
OJ S 34/2025 18/02/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Klinikum Mittelbaden gGmbH

E-Mail: de-vergabeverfahren@kpmg-law.com

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Elektrotechnik (ELT) - 4-050/51 zur Brandschutzsanierung Bühl

Beschreibung: Das Klinikum Mittelbaden gGmbH (nachfolgend "Klinikum" oder "Auftraggeber") sieht die Vergabe einer Rahmenvereinbarung für Bauleistungen zur Brandschutzsanierung der Klinik Bühl, hier im Zusammenhang mit den Gewerken "Elektrotechnik (ELT)" vor.

Kennung des Verfahrens: 79f6d66f-c08a-443a-92bb-5a86a67864ef

Interne Kennung: O018-25-015

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45315100 Elektrotechnikinstallation

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45310000 Installation von elektrischen Leitungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Klinikum Mittelbaden gGmbH, Klinikum Bühl Robert-Koch-Str. 70

Stadt: Bühl

Postleitzahl: 77815

Land, Gliederung (NUTS): Rastatt (DE124)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXU5YYDYTHDTP0KG Zuschlagswertung der Angebote: 1. Gesamtpreis RVLV: 50 % 2. Qualität: 50 %: Im Einzelnen: - Gesamtkonzept (Ausführung, Personal, Nachhaltigkeit) 30 % - Referenzen: 20 %

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. **Ausschlussgründe**

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. **Los**

5.1. **Los: LOT-0001**

Titel: Elektrotechnik (ELT) - 4-050/51 zur Brandschutzsanierung Bühl

Beschreibung: Der Brandschutzsanierung liegen Planungsleistungen unter Berücksichtigung des aktuellen Brandschutzkonzepts vom 26. April 2020 zugrunde. Die Bauleistungen erfolgten über Rahmenvereinbarungen, damit eine clusterweise (abschnittsweise) Ausführung zur größtmöglichen Schonung des Klinikbetriebs möglich ist. Insgesamt werden 11 Rahmenvereinbarungen für die unterschiedlichen Gewerke ausgeschrieben. Die Gesamtmaßnahme (Kostengruppen 300 und 400) beläuft sich nach einer vorläufigen Kostenprognose auf EUR 12.400.000 brutto. Die Rahmenvereinbarungen sollen jeweils mit drei bis fünf Auftragnehmern geschlossen werden und eine Laufzeit von vier Jahren haben. Dieses Vergabeverfahren betrifft die in diesem Informationsmemorandum verfahrensgegenständlichen Bauleistungen. Einzelheiten ergeben sich aus der Projektbeschreibung (TNW Anlage 01). Den Bietern, die sich als Rahmenvereinbarungspartner qualifizieren, wird im Rahmen der Einzelvorhaben die Möglichkeit gegeben, ihre Angebotsinhalte aus dem gegenständlichen Vergabeverfahren immer wieder zur Anwendung zu bringen. Für die Vergabe der Einzelmaßnahmen wird jeweils ein Miniwettbewerb oder das Kaskadenverfahren nach Maßgabe der Rahmenvereinbarung durchgeführt. Das Kaskadenverfahren ist das Regelverfahren. Der Auftraggeber führt zur Förderung des Wettbewerbs einen Miniwettbewerb durch, wenn der Auftragswert der jeweiligen Einzelauftrags EUR 100.000 netto überschreitet und mindestens drei Auftragnehmer der jeweiligen Rahmenvereinbarung unverzüglich die Leistung erbringen und die dafür erforderlichen Kapazitäten bereitstellen können. Näheres regelt die Rahmenvereinbarung, die den Bietern in der Angebotsphase zur Verfügung gestellt wird. Inhalt und Umfang der Vertragsleistung werden im Einzelnen insbesondere in der Rahmenvereinbarung und in der Leistungsbeschreibung festgelegt.

Interne Kennung: O018-25-015

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45315100 Elektrotechnikinstallation

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45310000 Installation von elektrischen Leitungen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Klinikum Mittelbaden gGmbH, Klinikum Bühl Robert-Koch-Str. 70

Stadt: Bühl

Postleitzahl: 77815

Land, Gliederung (NUTS): Rastatt (DE124)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sind mit dem Teilnahmeantrag folgende Angaben, Erklärungen und Nachweise vorzulegen: 1. Angaben zu Umsätzen Angabe des Umsatzes des Unternehmens mit Bauleistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren netto (TNW Formblatt 06). Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind die Angaben für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu machen. Sofern sich der Bewerber im Hinblick auf die Umsätze auf ein eignungsleihendes Unternehmen berufen will, sind die Angaben auch vom eignungsleihenden Unternehmen zu machen. Der Auftraggeber wird die Umsätze addieren. Maßgeblich ist bei Bewerbergemeinschaften der kumulierte Umsatz. Es sind Angaben zum - Gesamtjahresumsatz (netto), - Jahresumsatz aus dem verfahrensgegenständlichen Gewerk (netto), der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre zu machen. Der Auftraggeber wird die Angaben im Rahmen der beschriebenen Eignungsprognose heranziehen. 2. Erklärung zur Haftpflichtversicherung Erklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung in angemessener Höhe sowie jeweils über die Aufrechterhaltung der Versicherung für den Zeitraum der Leistungserbringung (TNW Formblatt 06). Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist die Erklärung durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Auftraggeber wird den Bewerber im Falle der Zuschlagserteilung zur Vorlage eines Nachweises über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung mit der einer angemessenen Mindestdeckungssumme auffordern. Der Auftraggeber wird die Angaben im Rahmen der beschriebenen Eignungsprognose heranziehen.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1. Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß der §§ 123 und 124 GWB Der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft hat eine Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß der §§ 123 und 124 GWB vorzulegen. 2. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung sind mit dem Teilnahmeantrag folgende Angaben, Erklärungen und Nachweise vom Bewerber oder im Falle einer Bewerbergemeinschaft von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie von jedem eignungsleihenden Unternehmen vorzulegen: Auszug (eine Kopie) aus dem Handels- bzw. Berufsregister oder einen vergleichbaren Nachweis der Existenz des Unternehmens. Der jeweilige Nachweis ist nicht älter als sechs Monate. Als im Handels- und Berufsregister nicht eingetragener bzw. ausländischer Bewerber ist es gestattet, vergleichbare, gleichwertige Nachweise vorzulegen; die Gleichwertigkeit ist gleichzeitig mit der Vorlage nachzuweisen. Der jeweilige Nachweis ist dem entsprechenden Formblatt (TNW Formblatt 06) beizufügen. Die Vorlage von Nachweisen, die älter als sechs Monate sind, führt nicht zwingend zum Ausschluss. Der Auftraggeber wird in diesem Fall einen aktuellen Nachweis von der entsprechenden Registerstelle einholen. Ist dem Auftraggeber dies nicht möglich, wird er einen aktuellen Nachweis nachfordern.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Teilnahmeantrag folgende Angaben, Erklärungen und Nachweise vorzulegen: 1. Anzahl der Beschäftigten Erklärung über die im Bauprojekt eingesetzten Beschäftigten in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (TNW Formblatt 06). Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind die Beschäftigtenzahlen für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft anzugeben. Der Auftraggeber wird die Anzahl der Beschäftigten addieren. Maßgeblich ist bei Bewerbergemeinschaften die kumulierte Beschäftigtenzahl. 2. Referenzen Der Bewerber hat mit seinem Teilnahmeantrag anhand von drei (3) Unternehmensreferenzen nach Maßgabe von TNW Formblatt 06 seine Erfahrung mit vergleichbaren verfahrensgegenständlichen Leistungen unter Berücksichtigung der nachfolgend benannten Inhaltsanforderungen nachzuweisen. Sofern sich der Bewerber im Hinblick auf Referenzen auf ein eignungsleihendes Unternehmen berufen will, sind die Angaben auch vom eignungsleihenden Unternehmen zu machen. Der Auftraggeber wird die Angaben im Rahmen der beschriebenen Eignungsprognose heranziehen. a. Inhaltsanforderungen für jede einzelne Referenz: - Innerhalb der Europäischen Union (EU) oder der Schweiz - Die verfahrensgegenständlichen Leistungen wurden abgenommen oder es liegt ein Abnahmesurrogat vor. Werden die vom Auftraggeber geforderten Inhaltsanforderungen für jede einzelne Referenz von einer vorgelegten Referenz nicht erfüllt, kann dies im Rahmen der Eignungsprognose negativ berücksichtigt werden. b. Inhaltsanforderung an die insgesamt eingereichten Referenzen: - verfahrensgegenständlichen Leistungen in einer Einrichtung des Gesundheitswesens (Krankenhaus, Rehabilitationsklinik oder medizinisches Versorgungszentrum) - verfahrensgegenständlichen Leistungen im Rahmen eines Referenzprojektes betrafen Bauleistungen in einem Bestandsgebäude. Bei negativer Eignungsprognose wird der Bewerber aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen. Folgende Angaben sind jeweils zu den Referenzprojekten zu machen: - Projektbezeichnung - Angabe des Unternehmens, das die Leistungen im Referenzprojekt erbracht hat - Auftraggeber des referenzierten Projekts - Ansprechpartner beim Auftraggeber des referenzierten Projekts mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse (Sollte die Nennung des Ansprechpartners dem Bewerber nicht zumutbar sein, hat er dies zu begründen. Auf eine Nennung des Ansprechpartners kann bei fehlender Zumutbarkeit verzichtet werden.) - Allgemeine Projektbeschreibung - Angabe, ob die Referenz die verfahrensgegenständlichen Leistungen in einer humanmedizinischen Klinik oder klinischen Einrichtung betrifft - Angabe zu dem Projektort (innerhalb der EU oder der Schweiz) - Volumen der von den Bauleistungen umfassten Gesamtbaukosten in EUR netto - Leistungszeitraum ? Dauer der Leistungserbringung (Beginn / Ende im Format MM/JJJJ) - Angabe zum Zeitpunkt, (MM/JJJJ), wann die Bauleistung abgenommen wurde oder ein Abnahmesurrogat vorliegt. Für die vorstehenden Angaben und Erläuterungen zu den Referenzen ist das Formblatt TNW Formblatt 06 zu verwenden. Der Auftraggeber behält sich vor, zu den angegebenen Referenzen eigene Nachforschungen anzustellen und/oder Informationen mittels Kontaktierung des Auftraggebers der jeweiligen Referenz einzuholen. Stellt der Auftraggeber fest, dass die gemachten Angaben falsch sind oder der Bewerber eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung des betreffenden früheren Auftrags erheblich und/oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat, behält sich der Auftraggeber vor, den Bewerber bei Vorliegen der entsprechenden Tatbestandsvoraussetzungen des § 124 GWB vom Verfahren unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auszuschließen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 06/03/2025 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXU5YYDYTHDTP0KG/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXU5YYDYTHDTP0KG>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 27/03/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXU5YYDYTHDTP0KG>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 20/03/2025 11:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 102 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit prüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass geforderte Erklärungen oder Nachweise fehlen und dass der Teilnahmeantrag nicht auszuschließen ist, verlangt der Auftraggeber die fehlenden Erklärungen oder Nachweise nach pflichtgemäßem Ermessen nach. Dieses Recht zur Nachforderung begründet indes keine Verantwortung des Auftraggebers für die Vollständigkeit der Teilnahmeanträge. Jeder Bewerber bleibt für den Nachweis seiner Eignung und die Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit seines Teilnahmeantrags allein verantwortlich. Erklärungen oder Nachweise, die vom Auftraggeber nach Abgabe der Teilnahmeanträge verlangt werden, sind zu dem von dem Auftraggeber bezeichneten Zeitpunkt einzureichen. Verlangt der Auftraggeber gesondert Bestätigungen/Nachweise zu geforderten Eigenerklärungen, müssen diese innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Bewerber bzw. jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft haben mit ihrem Teilnahmeantrag das Formblatt "Russlandsanktionen" vorzulegen (TNW Formblatt 05). Das Formblatt "Russlandsanktionen" dienen den Auftraggeberinnen dazu, die Einhaltung der Verordnung (EU) 2022/576 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren zu gewährleisten. Aus Artikel 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 in Verbindung mit Artikel 5 k) Abs. 1 der Verordnung (EU) 833/2014 kann sich ein Zuschlagsverbot für Unternehmen mit Russland-Bezug ergeben. Der Auftraggeber wird

Bewerber ausschließen, wenn nach der Verordnung (EU) 2022/576 in Verbindung mit der Verordnung (EU) 833/2014 für einen Bewerber ein Zuschlagsverbot bestehen sollte.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Bewerber oder Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an folgende Stelle wenden: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe Durlacher Allee 100 76137

Karlsruhe Telefon: 0721 926-8730, Telefax: 0721 926-3985 E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de Internet: <https://rp.baden-wuerttemberg.de>

Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rügen ergeben sich insbesondere aus § 160 Abs. 3 GWB. Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten im Übrigen die Regelungen der §§ 134, 135, 160 GWB.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Klinikum Mittelbaden gGmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Klinikum Mittelbaden gGmbH

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Klinikum Mittelbaden gGmbH

Registrierungsnummer: e117cd74-36cc-4251-9691-70d297521842

Postanschrift: Dr.-Rumpf-Weg 7

Stadt: Baden-Baden

Postleitzahl: 76530

Land, Gliederung (NUTS): Baden-Baden, Stadtkreis (DE121)

Land: Deutschland

E-Mail: de-vergabeverfahren@kpmg-law.com

Telefon: +49 7221911900

Internetadresse: <https://www.klinikum-mittelbaden.de/>

Profil des Erwerbers: <https://www.klinikum-mittelbaden.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Klinikum Mittelbaden gGmbH

Registrierungsnummer: 3ffc4eb5-fc9f-4f35-ab6a-a204530ceebd

Postanschrift: Dr.-Rumpf-Weg 7

Stadt: Baden-Baden
Postleitzahl: 76530
Land, Gliederung (NUTS): Baden-Baden, Stadtkreis (DE121)
Land: Deutschland
E-Mail: de-vergabeverfahren@kpmg-law.com
Telefon: +49 7221911900

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 0b883649-2c27-4a35-9a2c-4a36b2b45bc4

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 1ef27966-d115-42a8-9030-383294e56ffd

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Klinikum Mittelbaden gGmbH

Registrierungsnummer: 623b721c-8c1d-4604-9e6c-2b2cf9b2c27b

Postanschrift: Dr.-Rumpf-Weg 7

Stadt: Baden-Baden

Postleitzahl: 76530

Land, Gliederung (NUTS): Baden-Baden, Stadtkreis (DE121)

Land: Deutschland

E-Mail: de-vergabeverfahren@kpmg-law.com

Telefon: +49 7221911900

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 55f362fb-abc9-4d7f-be21-86dde809657d - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 14/02/2025 15:50:18 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 109953-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 34/2025

Datum der Veröffentlichung: 18/02/2025